

Nolympia 2018 – Positionspapier des ÖDP-Landesvorstandes Bayern

Ablehnung der Bewerbung von München für die Olympischen Winterspiele 2018

Im Juli 2011 fällt das IOC (Internationales Olympisches Komitee) im Südafrikanischen Durban die Entscheidung über den Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2018. Im März 2010 müssen die Bewerber das so genannte Mini-Bid-Book abgeben.

Die Münchner Bewerbergesellschaft für Olympia 2018 möchte die volle Unterstützung der Bevölkerung, aber der Mythos Olympia erhält beträchtlichen Gegenwind, die Kritiker werden immer mehr.

München bewirbt sich beim IOC um die Olympischen Winterspiele 2018 mit den Austragungsorten München (Eis-Wettbewerbe), Garmisch-Partenkirchen (Schnee-Wettbewerbe), Oberammergau (Biathlon, Langlauf) und Schönau/Königssee (Bob, Rodel, Skeleton). "München + 2" heißt der Slogan. Zählen wir die Orte, entdecken wir hier schon die erste Verschleierung, die den Eindruck der kurzen Wege erwecken sollen. Die schon vorhandenen Einrichtungen, wie die Biathlon-Strecke in Ruhpolding und die neue Eishalle in Inzell wurden aus diesem Grund nicht mit in die Bewerbung einbezogen. Je mehr "Cluster"-Orte bei der Bewerbung beteiligt sind, umso ungünstiger für die Bewerbung.(1)

Es ist angesichts des Klimawandels und der begrenzten Ressourcen eine Verpflichtung, solche Großveranstaltungen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Den Bürgern, die den Großteil der Spiele finanzieren müssen, werden im Vorfeld die olympischen Kollateralschäden verschwiegen: Umweltzerstörung, Kostenexplosionen, Umverteilung von Steuergeldern, unkalkulierbares finanzielles Risiko, Intransparenz, Abbau von Bürgerrechten.

Ablehnung aus ökologischen Gründen:

Die Bewerbungsgesellschaft verspricht „klimaneutrale, nachhaltige und ökologisch beispielhafte“ Spiele, konnte damit jedoch den Austritt von vier Naturschutzverbänden aus dem Umwelt-Fachgremium der Bewerbergesellschaft nicht verhindern, weil diese den ökologischen Gedanken nicht umgesetzt sehen. Auch Vancouver ging mit diesen Ambitionen an den Start. 100.000 gefällte Bäume, Straßenbau durch Schutzgebiete, LKW-Transport von tonnenweise Schnee, Vertreibung von indigenen Bürgern aus den benötigten Gebieten sprechen eine andere Sprache.

Die beteiligten Gemeinden Garmisch-Partenkirchen, Oberammergau und Berchtesgaden glänzen mit einer einmaligen kleinräumigen Kulturlandschaft und viel unberührter Natur. Der Platzbedarf für Sportler, "Olympische Familie", Sicherheitskräfte, Personal und für zehntausende Besucher bleibt nicht ohne Folgen. Hotels, Gastronomie, Mediendörfer für Funk und Fernsehen, sämtliche Logistik, Zufahrtsstraßen, Parkplätze für PKW, LKW, Busse, Sportstätten, das alles benötigt eine in diesem Ausmaß noch nie da gewesene Flächenversiegelung. Und das alles soll nachhaltig zu ermöglichen sein? Hektarweise wird Boden versiegelt, ohne Rücksicht auf Verluste wie Ackerland, gewachsene Flora und Fauna, ganz zu schweigen von alten Baumbeständen. Auch entgegen anders lautender Versprechen wird die Natur wie überall den Sachzwängen geopfert werden, sogar alpiner Schutzwald wird abgeholzt.

Dazu kommt der jetzt massiv vorangetriebene und kostspielige Ausbau der benötigten Straßeninfrastruktur, der mit dem Argument Olympia durchgeboxt wird und nicht nur die Landschaft zerstört. Oberbayern beansprucht durch diesen Ausbau enorm viel Steuergelder für sich, mehr als 2,5 Milliarden € für Straße und Schiene (2).

Ablehnung aus wirtschaftlichen Gründen:

In und um die beteiligten Gemeinden werden die Baustellen bis 2018 kein Ende mehr nehmen und die Touristen schon im Vorfeld vertreiben. Die Ausrichtung auf sportliche Großereignisse wird von Garmisch-Partenkirchen zwar beworben, aber der Gigantismus von olympischen Spielen steht gänzlich im Widerspruch zum sonstigen Tourismus-konzept von "Wellness und Fitness" in schöner Landschaft. Nachweislich haben die Olympischen Winterspiele den vorherigen Ausrichtern nicht den erhofften Tourismusboom eingebracht. Was nach den Spielen bleibt, sind zerstörte Landschaften und Schulden. Positive Effekte werden enorm überschätzt, Risikofaktoren massiv unterschätzt(2).

Ablehnung aus finanziellen Gründen:

"Für Olympia werden sich die Beteiligten massiv verschulden, nur weil es sich einige unbedingt leisten wollen" (2)

Allein die Bewerbung lässt sich die Bewerbergesellschaft 30 Mill.€ kosten. Davon sind bis jetzt (Stand: März 2010), angeblich zwei Drittel aus Sponsorengeldern gedeckt. Die Stadt München und der Freistaat mussten schon früh für die Bewerbung ein Darlehen von 1,5 Millionen € gewähren, weil die Sponsorengewinnung zu langsam anließ. Die endgültige Finanzierung durch Sponsoren ist also noch keineswegs gesichert, auch die Firmen sparen angesichts der Wirtschaftskrise. Die öffentliche Hand muss also von Anfang an mitfinanzieren!(2). Interessant ist auch die Zusammensetzung der Bewerbungsgesellschaft: der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB): 51%, Stadt München: 30%, Freistaat Bayern: 9%, Gemeinde Garmisch: 8% und Landkreis Berchtesgaden: 2%. Die Finanzierung der Bewerbung und die Übernahme von finanziellen Defiziten übernehmen allerdings nur die öffentlichen Gesellschafter und der Mehrheitseigner Deutscher Olympischer Sportbund bezahlt hingegen keinen Cent! (2)

Zur Erstellung des Bewerbungsbuches wurde kürzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit Jon Tibbs verpflichtet. Für wahrscheinlich sehr viel Geld berät er die Bewerbungsgesellschaft (3). Die Summe sei vertraulich, aber es wäre sehr aufschlussreich, zu erfahren, von wem und wievielt Herrn Tibbs bezahlt wird.

Die Transparenz und verifizierbare Zahlen zur Finanzierung ist die Bewerbergesellschaft bis jetzt schuldig geblieben.

Für das IOC sind die olympischen Veranstaltungen wie eine Lizenz zum Gelddrucken: nur für die verbindliche Zusage, dass München sich bewirbt, mussten schon 150.000 Dollar an das IOC gezahlt werden.

2009 war München mit 2,306 Milliarden Euro eine der am höchst verschuldeten deutschen Großstädte und die Verschuldung wird weiter ansteigen. Auch die anderen Austragungsstätten Garmisch-Partenkirchen, Oberammergau und das Berchtesgadener Land sind bereits jetzt hoch verschuldet – ebenso wie der Freistaat Bayern, nicht nur durch die horrende Verschuldung des Bayerischen Landesbank-Debakels. Wie sollen angesichts dieser angespannten Finanzlage die Neubauten für die Olympischen Spiele 2018 zu finanzieren sein?

Die Kosten der Olympischen Winterspiele werden auf 2,9, bis 3,5 Milliarden Euro geschätzt. Es kann aber nicht sauber unterschieden werden zwischen investiven, operativen und organisatorischen Kosten. Dadurch werden die tatsächlichen Kosten Olympischer Winterspiele bewusst verschleiert und auch die Folgekosten – Abriss oder nicht unerhebliche Unterhaltskosten der meist völlig unterbenutzten oder geschlossenen olympischen Bauten – gehen in keine Kostenkalkulation ein.(2) Geschönte Zahlen verwehren von Anfang an den Blick auf die wirklichen Ausgaben. Und die Mehrheit der Politiker im Bundestag, in Stadt und Land stimmen dafür, ohne die wirkliche Zahlen zu kennen.

Unvorhergesehene Kostenexplosionen während und Schulden nach den Spielen sind an der Tagesordnung. Montreal, Turin, Vancouver und viele andere Orte geben Beispiel davon. In den meisten Austragungsstätten für Winterspiele der letzten Jahrzehnte wurde massiv Natur zerstört

- für Austragungsstätten die nach den Spielen leer stehen und nur mit Defizit erhalten werden können. Nicht zu schweigen von den Millionenschulden, die die Orte jahrelang zurückzahlen müssen. Gelder, die woanders schmerzlich fehlen. Auch die zu erwartende Energieknappheit wird die Kosten weiter in die Höhe treiben, die Summen sind kaum vorhersagbar. Zusätzlich sind seit dem 11. September 2001 die Ausgaben für die Sicherheit ebenfalls explodiert. Man spricht von 700 Millionen € in Vancouver, die Bewerber für München planen mit geradezu lächerlichen 21 Millionen €.

Ablehnung auf Grund des Haftungsrisikos für die Steuerzahler

Das IOC erhielt im Jahr 2008 von der Organisation „One World Trust“ den zweifelhaften Ehrentitel „intransparentestes Gremium der Welt“.

Schon bei Abgabe des "Mini Bid Book" und später im so genannten "Host City Contract" müssen sich die Bewerber bedingungslos den Statuten des IOC unterwerfen und Verträge unterzeichnen, ohne die Bedingungen und Inhalte zu kennen. Das IOC fordert von den Bewerbern finanzielle Garantien, ohne selbst den Bewerbern ausreichende Sicherheiten zu geben. Das IOC räumt sich in diesen Verträgen sämtliche Rechte ein, kassiert den größten Teil der Einnahmen und entscheidet allein was bezahlt wird. Das Prinzip ist für das IOC einfach: überlasse den Veranstaltern das Risiko, die Haftung und vor allen Dingen die Schulden, und kassiere für diese zweifelhafte Ehre Milliarden.

Das Haftungsrisiko für die Ausrichter ist so unüberschaubar, dass Finanzexperten vorheriger Bewerbungen von "sittenwidrigen" Knebelverträgen sprechen(4). Einen Vorgeschmack bekam die Gemeinde Oberammergau als sie Grundstücksverhandlungen mit betroffenen Bauern führte. Laut Vertragsentwurf muss die Gemeinde sämtliche Kosten für Verträge, Gutachten, Versicherungen, Steuern, notarielle Kosten, Schulden und Wiederherstellungskosten tragen! Das IOC als Manager dieser Veranstaltung zahlt nichts und ist aufgrund des Host City Contracts für eventuelle Schäden, Schulden oder Folgekosten nicht haftbar!(2)

Und ist die Forderung nach Steuerfreiheit für das IOC und alle aus der "Olympischen Familie" nicht ziemlich dreist?

„Überall, wo das „Raumschiff Olympia“ landet, wird der rote Teppich ausgerollt und die Herren über den olympischen Sport dürfen ihr rigides Regelwerk durchsetzen, eine Gesetzgebung, die die Olympiasponsoren schützt und Freiheitsrechte partiell aushebelt“. (5).

Gesetzesänderungen, die die wirtschaftlichen Interessen der Sponsoren und der "Olympischen Familie" rechtlich schützen, werden im Vertrag ebenso gefordert wie die Einschränkung demokratischer Rechte der Bürger. Es wird vom IOC gefordert, dass Demonstrationen sowie politische und sonstige Propaganda am Boden wie in der Luft an den Sportstätten und Wettkampforten während der Spiele verboten sind.

Ablehnung aus ethischen Gründen:

Die Motivation für Kinder und Jugendliche wird gerne zitiert, ist aber einseitig nur auf das Ereignis fokussiert. Die ökologischen, klimatischen und finanziellen Folgen müssen in diesem Zusammenhang ebenso erwähnt werden und sind Olympische Spiele dann wirklich noch so beispielhaft? Die Dopingskandale bei den Olympischen Spielen sind zahlreich und noch bei jeder Vergabe für die Spiele gab es Skandale um Bestechung und Stimmenkauf. Ein Großzirkus der Eitelkeiten bei dem es nur im Vordergrund um Sport und Wettkampf geht, im Hintergrund aber um sehr viel Geld, um Macht und Prestige für einige wenige.

Auf der einen Seite wird im Breitensport an allen Ecken und Enden gespart, auf der anderen Seite wird ein Olympischer Elite-Sportler mit mehr als einer Million Euro gefördert. Sind die Ausgaben von wahrscheinlich mehr als 3 Milliarden € für diese Mega-Veranstaltung wirklich gerechtfertigt? In schwierigen wirtschaftlichen Zeiten sollten verantwortungsvolle Politiker dafür sorgen, dass solche Summen sinnvoller und sozialverträglicher investiert werden.

„Für Ausrichter dürfen die Spiele nicht eine Ehre sein, sondern müssen als Belastung empfunden werden, erst dann ändert sich etwas“ (5). In diesem Sinne ist es dringend erforderlich, dass die

Bevölkerung umfassend informiert wird und durch ein dringend notwendiges Bürgerbegehren mit entscheiden kann.

Quellenangaben: (1) BR-Online vom 3.2.2010; (2) www.Nolympia.de; (3) SZ, Nr. 38, 2010; (4) Vortrag Willi Rehberg am 11.1.2010, München; (5) TAZ vom 3.2.2010

Vom ÖDP-Landesvorstand im April 2010 einstimmig beschlossen.